

---

## FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

---



### Oskar Negt: Arbeit, Vor-Krieg und menschliche Würde

*Prof. Dr. Oskar Negt, geb. 1934 in Königsberg/Ostpr., Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Philosophie in Göttingen und Frankfurt/M., lehrt Sozialwissenschaften an der Universität Hannover*

---

„*Würde hat keinen Preis*“. Dieser Satz aus der Moralphilosophie Immanuel Kants bezeichnet den prägnanten Gegenbegriff zu allem, was in der warenproduzierenden Gesellschaft durch Tausch vermittelbar ist. Wie keine Philosophie der Moderne sonst hat die von Kant formulierte Position unveräußerliche und unaustauschbare Persönlichkeitsrechte formuliert. Würde bezeichnet die Achtung der Menschheit in der eigenen Person. Kant hat sich zwar geweigert, diese Form der moralischen Achtung als gesellschaftlich bedingt zu betrachten oder in Zweck-Mittel-Relationen einzubeziehen; es war ihm jedoch klar, dass in Bereichen der Legalität, der Rechtsbeziehungen der Menschen untereinander Zivilisierungsprozesse ablaufen müssen, die auch aus der Gesellschaft herkommen. Die Identität des Bürgers ist fundiert auf der Fähigkeit, über Eigentum und Besitz zu verfügen. Das macht den Status des Citoyen aus.

Auf jeden Fall ist der innergesellschaftliche Friedenszustand darauf gegründet, dass die Selbstachtung der Subjekte die Achtung der anderen mit enthält. Es ist dieser Aspekt der Achtung, des aufrechten Ganges, der den jungen Marx dazu veranlasst, die innere Verknüpfung von *Würde und Arbeit* zu entfalten. Die Selbstverwirklichung des Menschen in dieser Welt erfolgt durch lebendige Arbeit. Solange die Menschen gegenständliche Wesen sind, bedürfen sie der gegenständlichen Tätigkeit, um ein unverwechselbares Selbst ausbilden zu können. Der innergesellschaftliche Friedenszustand stellt sich für ihn nur her, wenn die Menschen in einer Republik der Arbeit in freien Tätigkeiten sich austauschen.

Die Welt ist voller Krieg, und wir, die wir im Zentrum Europas leben, das aus zwei mörderischen Selbstvernichtungsaktionen gelernt zu haben scheint, erfreuen uns einer geschichtlich beispiellosen Friedensperiode, die so natürlich zu sein scheint, dass sie einem Angst einzuflößen beginnt.

Aber das Starren auf die Apokalypse, des großen thermo-nuklearen Krieges, der doch nicht kommen darf, und der Blick nach außen auf die vielen Kleinkriege, lähmt die Sinne und macht empfindungslos für ganz andere *Formen des Krieges*, die sich in unserem Lande und unter unseren Augen abspielen. Denn die bloße Abwesenheit militärischer Konfrontationen definiert nicht den *Friedenszustand* einer Gesellschaft. Es vollzieht sich vielmehr eine blutige Ironie in der Begriffsveränderung des Krieges. Wenn Clausewitz davon spricht, dass der Krieg ein „Akt der Gewalt ist, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“, ihn also wehrlos zu machen, so gibt es

eine Menge von Kriegshandlungen in unserer Gesellschaft, die mit dem Schein des Friedens auftreten. Ich sage: *mit dem Schein des Friedens*; im ursprünglichen Wortsinn klingt nach, was Friede eigentlich bedeutet. Aus dem althochdeutschen „fridu“ abgeleitet, entspringt das Wort der gleichen Wurzel wie „frei“, was mit fri=lieb verknüpft ist; Friede verweist also auf einen Zustand der Liebe und Angstfreiheit.

Aber eines der entscheidenden Probleme unserer Gesellschaft besteht nun gerade darin, dass eine wachsende Zahl von Menschen in den Zustand der Existenzangst und des *Unzufriedenseins* versetzt wird.

Wenn ich in diesem Zusammenhang vom Krieg ausgehe, so meine ich das buchstäblich: *Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der die Menschen wehrlos und damit gefügig für den Willen anderer macht; sie ist ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen*. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule und der Lehre in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden und die jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind, zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen. Einer, der sich in diesem Milieu der Ausgestoßenen gut auskannte, der Berliner Maler Heinrich Zille, hat diese Formen der sublimen, verdeckten und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängten Gewalt noch sehr genau wahrgenommen. *Man kann, sagte er, einen Menschen mit einer Wohnung genauso töten wie mit einer Axt*.

Was trägt die gerechtere Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit zur Friedenssicherung bei? Gesellschaftsordnungen, in denen ein günstiger Nährboden für Existenzängste der Menschen bestand und die vom Klima zerstörter Hoffnungen und gebrochener Lebensperspektiven bestimmt waren, schufen stets Voraussetzungen dafür, Ersatzschuldige für die Misere ausfindig zu machen, autoritätsgebundenes Mitläufertum zu produzieren und schließlich, wenn das alles, wie zu erwarten, keine wirklichen Lösungen gebracht hatte, die ungelösten inneren Konflikte aggressiv auf den Außenfeind zu richten. Wir müssen diese Entwicklungsmöglichkeiten nicht erst erfinden, wir haben darüber unsere eigenen bitteren geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland.

Christa Wolf hat in ihrer *Kassandra*-Erzählung einen Mahnruf formuliert, der beherzigenswert ist. „Wann Krieg beginnt, das kann man wissen“, sagt sie, „aber wann beginnt der *Vorkrieg*? Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen. In Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst euch von den Eignen nicht täuschen.“

Eine Regel gibt es, meine ich: Der Kampf gegen den Vorkrieg und damit gegen den Krieg beginnt in den banalen Alltagsverhältnissen, in der Schritt für Schritt unternommenen Aufhebung von Angst und Gewalt. Die gerechte Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit und die Herstellung

befriedigender individueller Arbeitsverhältnisse ist eine Grundvoraussetzung für den innergesellschaftlichen Friedenszustand und dadurch für den Frieden insgesamt.

Welche Berechtigung es demzufolge immer haben mag, die arbeitsgesellschaftlichen Utopien als ausgeschöpft zu betrachten und das endgültige Ende der Arbeitsgesellschaft zu verkünden: Die wirklichen Lebensverhältnisse der Menschen, ihre Hoffnungen und Ängste sprechen eine ganz andere Sprache. Es dafür kaum Hinweise dafür auffinden, dass Erwerbsarbeit, also jene vorherrschende Form bezahlter Arbeitsleistung, über deren gesellschaftliche Anerkennung individuelle Identität und Selbstwertgefühle sich bilden, im vergangenen Jahrzehnt entscheidende Abwertungen erfahren hätte. Alle bisherigen Umfrageergebnisse weisen in dieselbe Richtung, dass nämlich die Themen „Arbeit - Arbeitslosigkeit“ den bei weitem höchsten Rang in der Skala der als lebenswichtig eingeschätzten Handlungsfelder der Politik einnehmen.

Ich rücke bewusst dieses moralische und kulturelle Problem der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund, die Frage der immer noch wesentlich *durch Arbeit vermittelten menschlichen Würde*. Denn ist dieser Orientierungspunkt verloren, sind der pragmatischen Phantasie bloß technischer Lösungen keine Grenzen mehr gesetzt. Die Zaubersprüche, die den Bann dieses Krisenzusammenhangs lösen sollen, sind mittlerweile geläufig: Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Flexibilität, schlanke Produktion und Verdichtung der Betriebszeiten.

Alles dreht sich um die Sonne des kostengünstigen Produktionsbetriebes, um die Logik des Kapitals; zwar soll das, in die Wirklichkeit umgesetzt, auch Freiheit, Autonomie und Würde der Menschen erweitern, also im Gleichklang zu Unternehmensinteressen sein. Angesichts der Strukturprobleme dieser herkömmlichen, von Betriebswirtschaft und Kapitallogik geprägten Erwerbsgesellschaft wird eine solche Auffassung jedoch immer unglaubwürdiger. Will man sich nicht darauf einlassen, mit der kompletten Umsetzung von Flexibilisierung und Fragmentierung des Arbeitslebens am Ende einen *allseitig verfügbaren* und jederzeit *manipulierbaren* Menschen zu erzeugen, dann müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:

*Zum einen* bedürfen die auf die Gesamtgesellschaft ausgeübten Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die von der Produktion ausgehen, einer grundlegenden Reform. Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion kann eine Umverteilung von Arbeitsplätzen nicht gelingen. In dem eingemauerten Kontext des Bestehenden könnte das Resultat kein anderes sein, als sich im betrügerischen Wettlauf zwischen Hase und Igel zeigt: Ein Arbeitsplatz wird neu geschaffen, drei werden vernichtet. Die mikroelektronische Vernichtungsmaschinerie lebendiger Arbeitskraft ist immer schon am Ziel angekommen. Nicht nur die Krisenfolgen sind neuartig, auch die Struktur der Krise hat sich verändert; die Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Massenphänomen ist von den herkömmlichen Wellenbewe-

gungen von Konjunktur und Rezession weitgehend abgekoppelt. Es ist aus diesem Grunde immer unwahrscheinlicher, dass das Problem der chronischen Arbeitslosigkeit im begrenzten Horizont betriebswirtschaftlicher Kostenüberlegungen zu lösen ist.

Eine ganz andere Ökonomie wäre erforderlich, um die allmählich ins Unermessliche wachsenden menschlichen, sozialen und politischen Kosten von Massenarbeitslosigkeit einzudämmen und am Ende überflüssig zu machen. Es ist ein Problem, das das Wohl und Wehe der Gesamtgesellschaft betrifft; deshalb greifen technisch-ökonomische Regelungen zu kurz. Wenn hier eine Ökonomie im Spiele ist, dann kann es nur eine des „Ganzen Hauses“ sein. Die darin zur Sprache gebrachte öffentliche Vernunft hätte die gesamtgesellschaftlichen Kosten zum Ausgangspunkt, Gesellschaftsreform zu ihrem Ziel.

Die Arbeitsgesellschaft in der von den Produktions- und Verwertungsregeln des Kapitals geprägten Form aufrechtzuerhalten und fortzuschreiben wird immer kostspieliger, am Ende *unbezahlbar*. Verschleiert wird das dadurch, dass jedes Ressort, jeder gesellschaftliche Bereich die eigenen Kosten auf andere abzuwälzen versucht und die Selbsterhaltung durch Kredite und Anleihen finanziert. Woher soll dann, bei leeren Haushaltskassen und diesem Überschuldungssystem, das Geld für Reformen genommen werden? Dem ist die geschichtliche Erfahrung entgegenzuhalten; *nichts ist teurer als überholte Verhältnisse am Leben zu halten, nichts kostspieliger als die Nichtreform*.

Aber die Alternative zum System bürgerlicher Erwerbsarbeit, das sich in einem schmerzlichen Prozess von 500 Jahren, mit eigentümlichen Berufsethiken und vielfachen Bedürfnissen nach gegenständlicher Tätigkeit, herausgebildet hat, ist nicht der illusionäre Idealismus der Aufhebung von Arbeit, sondern der Kampf um die Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen der Arbeit, die der Eigenproduktion und der Selbstverwirklichung dienen.

Das führt mich zu der *zweiten Bedingung*, unter der ein Umbau der Arbeitsgesellschaft Beitrag für eine ökonomische Krisenlösung und gleichzeitig den Emanzipationswünschen der Menschen entsprechend sein könnte. André Gorz, der bedeutendste Vordenker einer am Gemeinwesen und dem ökologischen Gleichgewicht orientierten Alternative zur herkömmlichen Erwerbsgesellschaft, trifft den entscheidenden Punkt, wenn er fordert, an die Stelle kapitalfixierter Arbeit müssten ganz andere Arbeitsformen treten: „...beziehungsintensive Tätigkeiten, Pflege der Umwelt, der Künste, der Qualität des Zusammenlebens und so weiter, also Tätigkeiten, die keinen Mehrwert schöpfen, nicht instrumentell rationalisierbar sind und jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft liegen.“

Das wäre aber kein Jenseits der Arbeitsgesellschaft, sondern eine Erweiterung, Vertiefung, Vervielfältigung der kulturell anerkannten Arbeitsformen,

die durch den geschichtlich spezifischen und einmaligen Konflikt von Lohnarbeit und Kapital vereinseitigt und verengt wurden. Dieser Spezialfall neigt sich dem Ende zu. In diesem Sinne gibt es ein Ende der Arbeitsgesellschaft; aber alle Tätigkeiten, die Gorz aufzählt, sind Arbeitsformen, die es immer gegeben hat und ohne die auch heute jede Gesellschaft zerfallen würde. Um ihnen einen höheren gesellschaftlichen Rang geben zu können, bedarf es eines gemeinwesenorientierten Umdenkens, das der sozial-kulturellen Logik folgt.

Nur wenn die von drückender Erwerbsarbeit freigesetzte Lebenszeit einen eigenen, autonomen Gestaltungsraum findet, also wesentlich *Emanzipations- und Orientierungszeit* ist, werden die Menschen das bestimmende Gefühl haben können, nicht bloßer Verwertungsrohstoff auf anderen Feldern zu sein. Das setzt voraus, dass Kreativität, Eigeninitiative, Unbotmäßigkeit und Mussefähigkeit von Kindesbeinen an maßgebende Werte der Erziehung, des Bildens und des Lernens sind.

Davon sind wir weit entfernt. Aber viele Schritte führen in die Richtung einer solchen Gesellschaftsreform, die nach meiner Einschätzung einzig und allein Auswege aus der gegenwärtigen Kulturkrise zeigen könnte.